
Tagung

Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit Bericht über das Zukunftsprojekt der IG Metall

Unter beachtlicher öffentlicher Anteilnahme führte die IG Metall vom 27. bis 29. Oktober 1988 in Frankfurt einen Zukunftskongreß durch, der zusammen mit sechs Diskussionsforen von Januar bis Juli 1988 und dem Orientierungsrahmen nach dem Kongreß das Zukunftsprojekt der IG Metall bildet. Schon heute kann das Projekt, das unter erheblichen Anstrengungen auf den Weg gebracht wurde und innerorganisatorisch umstritten war, als erfolgreich angesehen werden und als beispielhaft für die gewerkschaftliche Zukunftsdiskussion gelten.

Das Zukunftsprojekt der IG Metall

Die Ausgangssituation der Zukunftsdiskussion ist oft beschrieben worden und liegt auf der Hand: Angesichts des ökonomischen und gesellschaftlichen Umbruchs

stehen die Gewerkschaften ebenso wie andere gesellschaftliche Gruppen und die Parteien vor der Notwendigkeit, über die zukünftige Entwicklung zu diskutieren, wenn sie ihren gesellschaftlichen Einfluß sichern und ihren Vertretungsanspruch bewahren wollen. Rezepte der Vergangenheit helfen nicht weiter, auch nicht die Beschwörung versunkener Rituale und die Rezitation altehrwürdiger Texte. Die Frage nach dem gesellschaftlichen Fortschritt läßt sich nicht mehr in der Weise beantworten, daß die Entwicklungstrends unbesehen fortgeschrieben werden. Die gegenwärtige Situation läßt sich dadurch charakterisieren, daß sich die technisch-ökonomische Entwicklung sowie die ökologische und soziale Rationalität auseinanderbewegen. Weniger klar als früher läßt sich heute sagen, wie sich die Arbeitsbedingungen auf der einen Seite und die Rahmenbedingungen für gewerkschaftliches Handeln auf der anderen Seite in Zukunft entwickeln werden. Der bisherige Verlauf der

Umbruchprozesse hat gezeigt, daß gewerkschaftliche Reformpolitik eine Perspektive für den gesamten Lebenszusammenhang der Menschen vermitteln muß, will sie erfolgreich sein. Gewerkschaftliche Politik hat danach den politischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen nach einer umfassenden Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse Ausdruck zu verleihen.

Mit dem Zukunftsprojekt hat sich die IG Metall diesen Herausforderungen gestellt und versucht, Antworten auf die schwerwiegenden Probleme in Wirtschaft und Gesellschaft zu finden. „Im Meinungsaustausch mit Gewerkschaftsmitgliedern und -funktionären, in der Diskussion mit Politikern, Wissenschaftlern, Künstlern und gesellschaftlichen Organisationen, werden dazu Ideen gesammelt, Vorstellungen entwickelt und Instrumente gesucht, um die gewonnenen Zielvorstellungen durchzusetzen.“ Mit diesen Worten beschrieb Franz Steinkühler im GEWERKSCHAFTER das Zukunftsprojekt der IG Metall, das in der Tradition der Zukunftsdiskussion der IG Metall steht, die mit der Konferenz über Fragen der Automation und ihre sozialen Auswirkungen auf die Arbeitnehmer im Juli 1963 in Frankfurt ihren Anfang nahm.

Phase eins: Die Diskussionsforen

Das Zukunftsprojekt der IG Metall gliedert sich in drei Phasen. In sechs Diskussionsforen wurde eine Bestandsaufnahme durchgeführt, und es wurden weiterführende Vorstellungen im Gespräch mit Wissenschaftlern, Politikern und Vertretern gesellschaftlicher Gruppen erarbeitet. Die Foren dienten der Vorbereitung des Zukunftskongresses, der die aufgeworfenen Fragen bündelte und im Hinblick auf den Orientierungsrahmen aufbereitete und so die dritte Phase der Formulierung und der Umsetzung dieses Rahmens in die Organisation einleitete. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der sechs Foren diskutierten Themen wie Umweltschutz, Neokonservatismus und Wertewandel, Struktur- und Wirtschaftspolitik, Technologiepolitik, soziale Sicher-

heit und Altenpolitik sowie Tarifpolitik im Strukturwandel. Die Foren waren so angelegt, daß die heterogene Zusammensetzung der Teilnehmerschaft und der Referenten kontroverse Diskussionen ermöglichte. Dabei wurden Fragen aufgeworfen, Probleme benannt, Lösungsvorschläge unterbreitet.

Die Bilanz der sechs Foren ist positiv, weil die Erwartungen, die die IG Metall an sie gerichtet hatte, erfüllt wurden, auch wenn das Medienecho über die einzelnen Veranstaltungen unterschiedlich laut war. Nachdenklichkeit hat bekanntlich einen geringen Medienwert, weil sie jeglicher Aktualität entbehrt, die zunächst auf dem Medienmarkt gefragt ist. Außerdem wurde die Zukunftsdebatte der IG Metall zeitweise von der Kontroverse der Gewerkschaften mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Oskar Lafontaine, überdeckt.

Die Referate und die Diskussionen auf den Foren werden in diesem Bericht nur summarisch genannt. Die Diskussionsforen sind in sechs Protokollbänden im Bund-Verlag veröffentlicht worden. Dort wird im ersten Halbjahr 1989 auch das Protokoll des Internationalen Zukunftskongresses erscheinen.

Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, Verteilung der Umweltrisiken, Verhältnis zwischen Männern und Frauen, Frieden und Abrüstung: Die zukünftige gesellschaftliche Position der Gewerkschaften, so ein Ergebnis der Foren, ist von der Lösung dieser Fragen abhängig. Das bedeutet, daß sich im Verlauf der Auseinandersetzung entscheiden muß, ob entweder ein Mehr an Demokratie, Solidarität und Gleichheit durchzusetzen ist, oder ob sich eine schon heute vorhandene Spaltung der Gesellschaft noch weiter vertiefen wird. Die Diskussionen machten deutlich, daß die Gewerkschaften nur dann eine andere Zukunft in Solidarität und Freiheit verwirklichen können, wenn sie das Recht auf Arbeit durchsetzen, die Produktion ökologisch ausrichten, die Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessern, die Technik sozialver-

träglich gestalten und alle gesellschaftlichen Bereiche, vor allem die Wirtschaft demokratisch organisieren. Die Liste der programmatischen Forderungen enthält Altbekanntes und Neues. Organisationspolitische Notwendigkeiten, wie die Entwicklung einer gewerkschaftlichen Altenarbeit und einer Organisationsreform gehören ebenfalls auf die Tagesordnung der Zukunftsdebatte. Die Benennung der Probleme, die nicht mit ihrer Lösung verwechselt werden darf, war ein erster wichtiger Schritt, den die Diskussionsforen geleistet haben. Die Diskussion auf dem Zukunftskongreß war damit inhaltlich vorbereitet.

Phase zwei:

Der Internationale Zukunftskongreß

Alle Beteiligten, Referenten und Diskutanten waren sich einig, daß in der kulturellen und politischen Erneuerung der Gewerkschaften eine der entscheidenden Voraussetzungen für eine neue Phase gesellschaftlicher Reformpolitik hegt. Der 1. Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, hat deshalb in seinem Grundsatzreferat Offenheit, Toleranz, Diskussionsfreudigkeit und Dialogfähigkeit nach innen und nach außen als Eckpunkte der Erneuerung bezeichnet. Die Öffnung der Gewerkschaften als Diskussionsplattform für Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller und Politiker, eine Neuorientierung der Ziele und eine Änderung des Arbeitsstils werden als die entscheidenden Aufgaben für die kommenden Jahre angesehen. Franz Steinkühler: „Wir brauchen eine Politisierung der Gewerkschaftsarbeit, denn die Überlebensfrage interessiert uns und unsere Mitglieder genauso wie die traditionelle soziale Frage.“ Und: „Wer fortschrittliche Politik gestalten will, der muß dafür sorgen, daß politische Utopien nicht nur formuliert, sondern auch in realistische politische Strategie umgesetzt werden.“ Diskurs- und Dialogfähigkeit sind die Voraussetzungen zur Bewältigung der entscheidenden Zukunftsaufgabe, nämlich die Interessen derer, die abhängige Arbeit leisten, zu vereinheitlichen, um

die gesellschaftlichen Umbruchprozesse sozial mitzugestalten.

Um die zukünftige Rolle der Gewerkschaften in der Industriegesellschaft kreisten die Eröffnungsreferate von Professor Huber, Frau de Botero und Hans-Jochen Vogel. Huber, Theologe an der Universität Heidelberg, forderte in seinem Referat „Maßstäbe für eine humane Zukunftsgestaltung“ die Gewerkschaften auf, alles daranzusetzen, um die Spaltung der Gesellschaft zu verhindern. Solidarität und Freiheit heute und morgen sei nur zu verwirklichen, wenn die Gewerkschaften auch weiterhin Menschenrechtsbewegung blieben und in Solidarität für die Verwirklichung der elementaren Freiheitsrechte aller zu kämpfen bereit wären. Sie sollten weiterhin Anwälte des Grundrechts für humane Arbeit sein und dem Neoindividualismus in Wissenschaft und Politik wirksam entgegentreten. Solidarität und Freiheit lassen sich nach seinen Worten nicht trennen; sie gehören unauflöslich zusammen.

Hans-Jochen Vogel, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, betonte in anderer Weise diesen Zusammenhang, als er sagte, daß nicht jeder technische Fortschritt immer auch humaner Fortschritt sei. Den Gewerkschaften gab er den Rat, sich verstärkt um die Arbeitnehmergruppen zu bemühen, die dem traditionellen Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung fernstehen. Nur so könnten sie das Schicksal der Gewerkschaften in USA und Großbritannien abwenden und weiterhin wichtiger gesellschaftlicher Gestaltungsfaktor bleiben.

Frau de Botero, Mitglied der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, wies angesichts der sich zuspitzenden Verhältnisse in Ländern der Dritten Welt darauf hin, daß ohne einen solidarischen Interessenausgleich zwischen den reichen Industrienationen und den Ländern des Armutsgürtels Millionen von Menschen in der Dritten Welt die Perspektive eines menschlichen Lebens für immer versperrt bleibe. Die Beseitigung der Armut

sei die Voraussetzung für das Überleben in einer freiheitlichen und solidarischen „Welt-Gesellschaft“.

In vier Arbeitskreisen entspann sich eine sehr intensive Diskussion über die Perspektiven der Weltwirtschaft, der Gewerkschaften, des Sozialstaats und der zukünftigen Lebensgestaltung der Menschen.

Der Soziologe Professor Oskar Negt machte dabei einen wachsenden gewerkschaftlichen Handlungsbedarf aus und empfahl, sich von den alten gewerkschaftlichen Vorstellungen von Arbeit zu lösen und neuen Formen der Arbeit zuzuwenden. Diese Auffassung vertrat auch Lothar Späth, Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Gleichwohl blieb die Frage, wie die verschiedenen Formen von Arbeit und Nichtarbeit künftig bewertet werden sollen, offen.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU forderte eine weitere Differenzierung und Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen und den Rückzug der Gewerkschaften auf das Handlungsfeld Betrieb. Dagegen plädierte Negt für die Ausdehnung des politischen Mandats der Gewerkschaften auch auf den außerbetrieblichen Bereich der Lebenswelt der Menschen; die Gewerkschaften sollten zu einer breiten Kulturbewegung und einer Diskursorganisation werden.

Peter Glotz, ehemaliger Bundesgeschäftsführer der SPD und SPD-Bezirksvorsitzender, und Andrei Markovits, Professor an der Harvard-University, argumentierten in dieselbe Richtung. Glotz unterstrich diese Notwendigkeit aus der Perspektive des Zusammenwachsens von Europa, während Markovits auf die politischen Anforderungen, die sich aus der Internationalisierung des Kapitals und einer wirksamen internationalen Solidarität der Arbeitnehmerorganisationen ergeben, hinwies.

Edzard Reuter, Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG, nahm im Arbeitskreis „Die Bundesrepublik in der Welt-

wirtschaft - Konzepte für die Zukunft“ die Internationalisierung der Wirtschaft zum Ausgangspunkt seiner Darlegungen zur Wirtschaftspolitik. Er entwickelte ein wirtschaftspolitisches Kontrastprogramm zu den Vorstellungen der Gewerkschaften. Statt internationaler Solidarität und Kooperation propagierte Reuter das nationale Bündnis von Arbeit und Kapital. Viele Diskussionsredner widersprachen dieser strategischen Orientierung heftig. Sie erinnerten daran, daß die weltweiten ökonomischen Probleme und ökologischen Herausforderungen nur durch ein Mehr an gemeinsamer Zusammenarbeit und Solidarität und nicht durch Wettbewerb und Konkurrenz bewältigt werden können.

Wim Kok, Vorsitzender der Niederländischen Partei der Arbeit, warnte deshalb davor, in einen Wettbewerb um die Absenkung der jeweiligen nationalen Standards in der sozialen Sicherung einzutreten. Nicht das Sozial-Dumping, sondern die möglichst weitreichende Angleichung der sozialen Lebensverhältnisse muß seiner Auffassung nach das Ziel der europäischen Einigung sein.

Die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies betonte im Arbeitskreis „Soziale Demokratie oder Spaltung der Gesellschaft“ die Notwendigkeit des Umbaus des Sozialstaats. Sie setzte sich damit demonstrativ von den Überlegungen des CDU-Theoretikers Professor Kurt Biedenkopf nach Privatisierung und Deregulierung der sozialstaatlichen Sicherungssysteme ab. Für Johano Strasser, politischer Publizist, ist Solidarität und Selbsthilfe kein Widerspruch. Seine Überlegungen gipfelten in der Forderung, den Sozialstaat zu verteidigen und ihn in Richtung auf mehr Demokratie und unmittelbarer Beteiligung auszubauen. Der Sozialstaat müsse demokratisiert werden, denn nur so könne er dem Bürger nützen ohne ihn zu bevormunden.

Ingela Thalen, Arbeits- und Frauenministerin in Schweden, zeigte in einem eindrucksvollen Referat, wie im schwedischen Sozialstaat durch eine aktive Be-

schäftigungspolitik neue Arbeitsplätze geschaffen, Arbeitslosigkeit verhindert und der Strukturwandel der Wirtschaft befördert wurden, ohne die sozialen Sicherungssysteme in ihrer Substanz zu gefährden. Der Gießener Psychoanalytiker Professor Horst Eberhard Richter forderte eine neue Wir-Orientierung, die dem herrschenden Egoismus und dem unbegrenzten technischen Fortschrittsverständnis wirksam entgegenzutreten soll. Er rief die Gewerkschaften dazu auf, dieses „neue Denken“, das neuerdings auch die Beziehungen zwischen Ost und West beherrscht, aktiv zu befördern. Professor Jurij Krassin, Rektor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU in Moskau, und Professor Monsignore Higgins, New York, einer der Verfasser des 1986 veröffentlichten Hirtenbriefes über den Zustand der US-Wirtschaft, betonten übereinstimmend, daß diese neue Phase der gegenseitigen Zusammenarbeit auch eine stärkere Gestaltung der gesellschaftlichen Bedingungen durch die Gewerkschaften erfordere. Beide riefen die Gewerkschaften zu einer noch intensiveren aktiven internationalen Zusammenarbeit auf. Professor Hermann Glaser, Kulturdezernent der Stadt Nürnberg, betonte in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit als Bedingung dafür, daß die Menschen die sozialen und kulturellen Kompetenzen erwerben können.

Die meisten Teilnehmer des Internationalen Zukunftskongresses sahen in den Gewerkschaften eine auch künftig wichtige gesellschaftliche Kraft, wenn sie in der Lage sind, sich auf die veränderten ökonomischen, politischen und gesell-

schaftlichen Bedingungen einzustellen. Franz Steinkühler betonte deshalb, daß es in der Zukunft auch weiterhin starke Gewerkschaften geben müsse, um Wirtschaft und Gesellschaft vor dem Hintergrund einer zunehmenden Internationalisierung von Politik und Ökonomie zu gestalten. Er forderte die Gewerkschaften dazu auf, das Feld der internationalen Politik stärker zu bearbeiten. Nach seiner Auffassung steht die Europäisierung der Gewerkschaftsbewegung auf der Tagesordnung. Eine entscheidende Bewährungsprobe für die Arbeitnehmerorganisationen sei die Gestaltung der europäischen Gemeinschaft nach 1992.

Phase drei:

Organisationspolitische Schlußfolgerungen

Der Orientierungsrahmen, der dritte Teil des Zukunftsprojektes, bündelt die bisherige Diskussion über die Gestaltung der Zukunft zu konkreten Anforderungen und Vorschlägen. Er ist eine Orientierungslinie für die Meinungs- und Willensbildung in der IG Metall. Seine Aussagen und Vorstellungen stehen im Kontext der bisherigen Programmatik, setzen jedoch neue Schwerpunkte und Akzente für die Organisationspolitik und die Organisationsarbeit. Die Umsetzung der programmatischen Ziele wird nur dann gelingen, wenn die IG Metall mit einer Organisationsreform den nächsten Schritt der Modernisierung vollzieht. Daß dies ungleich schwieriger ist als eine Standortbestimmung, weiß jeder, der sich mit Großorganisationen beschäftigt hat.

Dr. Kurt-Thomas Schmitz/
Heinrich Tiemann,
Frankfurt/M.